

Kinderschutz

Gewalt gegen Kinder

Dimensionen und Auswirkungen von Gewalt gegen Kinder Gewaltrisiken in Schulen und in neuen Medien

Genau vor zehn Jahren hat Deutschland das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung im Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschrieben. Dies war ein wichtiges Signal, dass Respekt und Achtung die Grundlage des Aufwachsens eines jeden Kindes sein sollen. Gehörten Ohrfeigen und Schläge in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts für viele Kinder noch zum Alltag, so werden solche Erziehungspraktiken in Deutschland heute in der Regel nicht mehr toleriert. Trotzdem sind auch bei uns viele Kinder Opfer von Vernachlässigung, Misshandlungen und Missbrauch.

Weltweit wird Gewalt gegenüber Kindern vielfach hingenommen oder gar als sinnvolle Disziplinierungsmaßnahme akzeptiert. Befragungen von UNICEF aus 37 Ländern zeigen, dass harsche Erziehungspraktiken in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern weit verbreitet sind: über 85 Prozent aller Kinder zwischen zwei und 14 Jahren berichteten von Schlägen und seelischer Aggression.

Schwere Verbrechen an Kindern finden oft große Beachtung in der Öffentlichkeit. Doch die täglich wiederkehrende Gewalt geschieht meist im Verborgenen. Gewalterfahrungen von Kindern im Internet und durch neue Technologien wie Mobiltelefonen werden erst in Ansätzen erforscht. Minderjährige Gewaltopfer finden nur schwer vertrauensvolle Ansprechpartner. Und trotz verstärkter Anstrengungen fehlt in den meisten Ländern eine systematische Datenerhebung zum Thema Gewalt gegen Kinder.

Einige globale Fakten

Es ist nicht möglich, das tatsächliche Ausmaß der Gewalt gegen Kinder weltweit exakt zu erfassen. Trotzdem werfen vorsichtige Schätzungen von UNICEF Licht auf ein dramatisches Problem:

- Schätzungsweise 275 Millionen Kinder werden jedes Jahr Zeuge von gewalttätigen Auseinandersetzungen in ihren Familien.
- Bei einer weltweiten Befragung von Schülern berichteten zwischen 20 und 65 Prozent der Kinder von körperlichen oder verbalen Drangsalierungen.
- Lediglich 25 Länder – darunter Deutschland – haben alle Formen der Gewalt gegen Kinder in Familie, Schulen, Heimen oder Gefängnissen verboten. In 88 Ländern sind dagegen Schläge in Schulen erlaubt.
- Jedes dritte Kind in der EU, welches das Internet nutzt, ist dort gewalttätigen oder „Hass“-Seiten begegnet. Jedes fünfte bis sechste Kind in Europa sagt, dass es im Internet beschimpft oder belästigt wurde.
- Schwerste Kinderrechtsverletzungen wie Zwangsheiraten, Kinderarbeit, Beschneidung, Kinderhandel und Zwangsprostitution sind trotz weltweiter Ächtung millionenfach verbreitet.

1. Definition von Gewalt

Nach Artikel 19 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes umfasst Gewalt gegen Kinder „alle Formen körperlicher und psychologischer Gewalt, Verletzungen und Misshandlungen, Verwahrlosung und Vernachlässigung, Misshandlung oder Ausbeutung einschließlich sexuellem Missbrauch.“ Ergänzt wird diese Beschreibung durch die Definition der Weltgesundheitsorganisation von 2002. Diese spricht von „absichtlichem Gebrauch körperlicher Gewalt oder Macht unmittelbar oder als Bedrohung gegen ein Kind durch Einzelne oder eine Gruppe, die mit großer Wahrscheinlichkeit die Gesundheit, das Überleben, die Entwicklung und die Würde des Kindes gefährden.“

2. Warum Gewalt gegen Kinder oft „unsichtbar“ ist

Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung gehen oft gerade von denen aus, denen die Kinder am meisten vertrauen: Menschen in der Familie und Nachbarschaft, in Schulen und Heimen. Und sie findet in der Regel im Verborgenen statt. Die Hauptgründe dafür sind Angst, Wegsehen und Scham der Opfer – aber auch die unausgesprochene Akzeptanz solcher Praktiken.

Kinder sprechen oft nicht über ihre Erfahrungen. Sie haben Angst, verlassen zu werden, wenn der Täter aus der Familie stammt. Oder sie fürchten die Rache der Peiniger oder anderer Angehöriger. Sie denken, dass man ihnen nicht glauben wird oder dass sie bestraft werden könnten. Oft wissen sie auch nicht, an wen sie sich wenden können. In den meisten Ländern gibt es nur wenige oder gar keine niedrigschwelligen Angebote oder Einrichtungen, denen sie sich anvertrauen können.

Auch Partner schweigen, wenn ihr Lebensgefährte Gewalt ausübt, genauso wie Nachbarn, Vorgesetzte, Polizisten oder Arbeitgeber. Oft geht die „Ehre“ der Familie oder Gemeinschaft vor Sicherheit und Wohlergehen der Kinder. Insbesondere Vergewaltigungen und sexueller Missbrauch werden häufig vertuscht und können sogar zur Ächtung des Opfers, nicht des Täters führen.

Disziplinierung durch Schläge oder Anschreien und auch sexuelle Übergriffe werden oft hingenommen. Insbesondere wenn keine äußerlich sichtbaren körperlichen Verletzungen erkennbar sind, bleibt die Tat dann im Dunkeln. Dies gilt für das familiäre Umfeld genauso wie für Schulen, Heime oder Gefängnisse.

Informationen über Gewalt werden meist nur unsystematisch gesammelt. Insbesondere über Gewalt in Heimen und Gefängnissen fehlen Informationen. Auch wenn dort Vorfälle dokumentiert werden, sind die Einrichtungen in der Regel nicht verpflichtet, diese offiziell mitzuteilen.

UN-Sonderbeauftragte gegen Gewalt: die internationale Agenda

Die Vereinten Nationen haben im September 2009 die langjährige UNICEF-Kinderrechtsexpertin Marta Santos Pais zur UN-Sonderbeauftragten zu Gewalt gegen Kinder ernannt. Sie setzt sich in dieser Funktion weltweit dafür ein, den Kinderschutz zu verbessern und der Prävention von Gewalt als Auftrag der Regierungen Nachdruck zu verleihen.

Sie treibt damit die Umsetzung der Empfehlungen der ersten UN-Studie „Gewalt gegen Kinder“ von 2006 voran. Fünf Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen wurden seither untersucht: Elternhaus und Familien, Schulen und Bildungseinrichtungen, Heime und Gefängnisse, die Arbeitswelt sowie der Alltag in der Gemeinschaft.

Die UN-Sonderbeauftragte hat unter anderem folgende Schwerpunkte:

- Unterstützung umfassender Maßnahmen zur Prävention von Gewalt und zum besseren Schutz von Kindern im Rahmen nationaler Aktionspläne der Regierungen.
- Ausdrückliches Verbot aller Formen von Gewalt gegen Kinder.
- Veränderungen von Einstellungen und Verhalten.
- Aufbau einer systematischen Datenerhebung und Dokumentation.

3. Auswirkungen und Risikogruppen

Gewalt beeinträchtigt alle elementaren Rechte von Kindern: ihr seelisches und körperliches Wohlbefinden, ihre Fähigkeit, positive Beziehungen einzugehen und zu lernen. Sie zerstört das Selbstvertrauen und zieht Trauma und Depressionen nach sich. Vielfach führt sie zu Verhaltensproblemen wie Aggressionen und Risikoverhalten oder Selbstverletzungen.

Vor allem Kinder am Rande der Gesellschaft tragen ein hohes Risiko, Opfer von Übergriffen zu werden: benachteiligte Kinder aus ethnischen Minderheiten, Straßenkinder, Kinder, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten, Flüchtlingskinder und Kinder von Migranten.

Bislang ging man davon aus, dass Mädchen häufiger Opfer von Missbrauch und sexualisierter Gewalt sind als Jungen. Doch dies kann auch daran liegen, dass Übergriffe gegenüber Jungen seltener ans Tageslicht kommen – weil Scham, Schuldgefühle und die Angst, dass ihnen nicht geglaubt wird, so stark sind. Mädchen sind in vielen Ländern besonders von Zwangsheiraten, Beschneidung, Ausbeutung durch Prostitution und Kinderhandel bedroht.

4. Gewaltrisiken in Schulen

Nirgendwo verbringen Kinder und Jugendliche außerhalb der Familien mehr Zeit unter der Aufsicht von Erwachsenen als in Schulen. Die Atmosphäre und der Umgang in diesen Einrichtungen spiegeln die sozialen Vorstellungen der Umgebung zu Erziehung, Disziplin und Konfliktlösung, aber auch deren Probleme wie zum Beispiel Arbeits- und Perspektivlosigkeit wider.

Gewalttätige Methoden der Disziplinierung wie Prügel, Ohrfeigen oder Einsperren sind in den meisten europäischen Schulen im Vergleich zu den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts selten geworden. Hierzu hat auch beigetragen, dass heute alle EU-Staaten körperliche Züchtigungen in Schulen explizit verboten haben. Doch weltweit sind Prügelstrafen in Schulen immer noch in 88 Staaten erlaubt. Dies wird vielfach mit der Notwendigkeit der Disziplinierung und Abschreckung begründet. Zahlreiche Länder erlauben sogar, minderjährige Straftäter auszupeitschen. Die globale Initiative gegen Prügelstrafe nennt in ihrem Jahresbericht über 40 Länder.

Schikane und Mobbing: Gewalt in Schulen und Jugendeinrichtungen ist aber nicht nur eine Frage autoritärer Praktiken von Erwachsenen. Vielfach „lernen“ Kinder und Jugendliche in Schulen auch Gewalt. Schlägereien, Beschimpfungen, Beleidigungen und Belästigungen untereinander kommen in vielen Schulen vor. Oft werden sie als ein Mangel an Disziplin bedauert und hingenommen. Doch hierdurch kann durchaus eine Spirale hin zu härteren Formen der Gewalt in Gang kommen.

In den vergangenen Jahren sind Schikanierungen und Mobbing unter Kindern und Jugendlichen zunehmend thematisiert worden. Häufig gehen sie einher mit Stigmatisierungen und Diskriminierungen einzelner Schüler oder Schülergruppen. Lange galten diese Formen der Gewalt als „weniger schwer“. Doch sie betreffen einen relativ großen Teil der Schülerinnen und Schüler.

Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2010 gibt Hinweise auf die Verbreitung von Gewalt unter Heranwachsenden. Danach sagen in mehr als der Hälfte der Industrieländer rund 40 Prozent der 11- bis 15-Jährigen, dass sie in den vergangenen zwölf Monaten in direkte physische Streitigkeiten verwickelt waren. Deutsche Kinder und Jugendliche waren mit rund 30 Prozent etwas weniger stark betroffen. Im internationalen Vergleich mit den anderen OECD-Staaten berichten deutsche Heranwachsende aber überdurchschnittlich oft davon, Zielscheibe von „Drangsalierungen“ oder „Schikane“ gewesen zu sein (34,5 Prozent) – in Italien sind es zum Beispiel nur 22,3 Prozent und in Spanien 13,7 Prozent. Schikanierungen und Mobbing können weit reichende Folgen haben – zum Beispiel, dass Kinder sich zurückziehen oder die Schule schwänzen, Angst und Depressionen.

Waffen und Amokläufe: In einigen europäischen Ländern wächst nach Angaben der Europäischen Union die Sorge vor Waffen an Schulen. In 2008 hat England nach einer tödlichen Messerstecherei an einer Schule die Gesetze verschärft. Gewalt durch Gangs und Drogen können aus dem Umfeld von Schulen auf den Pausenhof drängen. Gleichwohl sind Prügeleien die weitaus häufigste Form der Gewalt an Schulen in Europa.

Die schrecklichen Amokläufe in Erfurt (2002) und Winnenden (2008) haben auch in Deutschland eine Diskussion über die Sicherheit an Schulen und die Wege zur Verhinderung solcher extremer Gewaltausbrüche ausgelöst. Das Entsetzen und die Trauer über diese Ereignisse müssen zum Nachdenken führen: über die strikte Verhinderung des Zugangs zu tödlichen Waffen und wirksame Notfallpläne in Schulen. Unsicherheit besteht darin, wie der Umgang mit psychisch labilen und gefährdeten Heranwachsenden verbessert werden kann. Eine besondere Verantwortung kommt den Medien zu, um Nachahmungseffekte zu verhindern.

Missbrauch und sexuelle Ausbeutung von Kindern sind schwere Verbrechen, die für die Betroffenen ein Leben lang schweres Leid bedeuten. Sie kommen in allen Ländern und Gesellschaftsschichten vor. Gleichwohl sind benachteiligte Kinder besonders bedroht. Neben der Familie sind oft Internate, Schulen, Heime oder Vereine die Orte, wo Übergriffe geschehen. Vielfach herrschen dort eine Kultur des Verschweigens sowie eine große Unsicherheit im Umgang mit Beschwerden.

- Für sexuellen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung muss „null Toleranz“ gelten. Dies bedeutet, dass strafrechtlich relevante Vorwürfe konsequent polizeilich verfolgt werden müssen - und nicht intern behandelt werden dürfen.
- Opfer von sexuellem Missbrauch und Gewalt brauchen mehr Hilfs- und Beratungsangebote. Gerade in Schulen, Internaten und Heimen müssen verlässlich Beschwerdemöglichkeiten vorhanden sein, denen die Kinder vertrauen können.
- Die Prävention muss gestärkt werden. Dazu gehört, Kinder zu ermutigen und in ihren Rechten zu bestärken. Kinder sollten wissen, dass Erwachsene ihr „Nein“ akzeptieren müssen. Es muss klar sein, dass die Verantwortung für sexuelle Übergriffe grundsätzlich bei den Erwachsenen liegt.
- Mitarbeiter in Einrichtungen für Kinder müssen für das Thema sexueller Missbrauch sensibilisiert werden und lernen, wie sie damit umgehen, wenn Vorwürfe bekannt werden. Dies muss verbindlicher Inhalt von Aus- und Fortbildungen für Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter und Pflegepersonal oder auch Trainern im Sportbereich werden.

Gewaltfreie Konfliktlösung lernen

Schulen können Orte sein, an denen friedliche Formen der Konfliktlösung gelernt werden. Die UN-Sonderbeauftragte zu Gewalt gegen Kinder empfiehlt deshalb:

- Die gemeinsame Entwicklung klarer Standards und Regeln des Umgangs miteinander und des Schullebens auf der Basis der Kinderrechte durch Lehrer, Mitarbeiter und Schüler.
- Das Bewusstsein für die Rechte der Kinder zu schärfen – zum Beispiel durch Veranstaltungen, Diskussionen, Ausstellungen und Wettbewerbe.
- Vertrauenswürdige Beschwerde- und Beratungsangebote einrichten, um Kinder zu ermutigen, Probleme anzusprechen.
- Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Lösung von Konflikten – zum Beispiel durch Streitschlichter, Jugendteams und Schülerparlamente.

Kinder und Gewalt in Deutschland

Genau vor zehn Jahren (2000) hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur gewaltfreien Erziehung beschlossen. Damit wurden „körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen“ verboten. Dies gilt nicht nur in Schulen und öffentlichen Einrichtungen, sondern ausdrücklich auch in Familien.

Gewaltfreie Erziehung ist nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes heute für 90 Prozent der deutschen Eltern ein Ideal – allerdings würden lediglich ein Drittel der Eltern wirklich ohne jegliche Gewalt erziehen. Ein Klaps oder eine leichte Ohrfeige würden weiterhin viele Eltern zur Disziplinierung einsetzen. Rund 13 Prozent der Eltern würden immer noch gewaltbelastet erziehen (eine Tracht Prügel oder mit Gegenständen schlagen).

Immerhin waren schon 2005 etwa 85 Prozent der deutschen Eltern der Ansicht, dass man mehr mit Kindern reden sollte. Und 67 Prozent der Jugendlichen berichten, dass ihre Eltern bei Regelverstößen als Maßnahme „darüber reden“. Auch Umfragen von UNICEF und der Kinderzeitschrift Geolino zeigen ein insgesamt enges und positives Verhältnis der deutschen Kinder zu ihren Eltern.

Allerdings gehört schwere Gewalt für einen Teil der Kinder in Deutschland weiterhin zum Aufwachsen.

- So erfasst die polizeiliche Kriminalstatistik für 2009 in Deutschland allein 11.319 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bzw. sexuellen Missbrauch bei Kindern und Jugendlichen. Das Bundeskriminalamt weist ausdrücklich auf ein großes Dunkelfeld in diesem Bereich hin.
- Nach Angaben des statistischen Bundesamtes haben Einrichtungen der Jugendhilfe in 2009 insgesamt 33.700 Kinder in Obhut genommen, meist weil sie nicht bei ihren Familien bleiben konnten.
- Der Bund deutscher Kriminalbeamter teilte auf der Basis der Kriminalstatistik mit, dass 2009 insgesamt 152 Kinder in Deutschland getötet wurden, darunter 123 unter sechs Jahren. Dies wären nahezu drei Todesfälle pro Woche.

5. Gewaltrisiken in neuen Medien in Europa

Anders als bei ihren Altersgenossen in den Entwicklungs- und Schwellenländern gehören das Internet (und damit zusammenhängend das „Social Web“) sowie Mobiltelefone in den Industrieländern für die meisten Kinder und Jugendliche zum Alltag. In den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union nutzen heute beispielsweise 75 Prozent aller Kinder zwischen sechs und 17 Jahren das Internet. In Deutschland sind mittlerweile 56 Prozent der 6- bis 10-Jährigen, 88 Prozent der 11- bis 14-Jährigen und 94 Prozent der 15- bis 17-Jährigen online. Insbesondere bei jüngeren Kindern wächst der Anteil der Internet-Nutzer.

Diese Entwicklung eröffnet zweifellos enorme Chancen für Informationsaufnahme, Kontakte und Erfahrungen. Das Forschungsprojekt der Europäischen Union EUKids dokumentiert aber auch Risiken, die zeigen, dass der Umgang mit den neuen Medien, Kompetenzerwerb und Schutzmaßnahmen Hand in Hand gehen müssen.

		Inhalt: Kinder als Rezipienten	Kontakt: Kinder als Teilnehmer	Aktion: Kinder als Handelnde
Chancen für Kinder und Jugendliche im Internet	Bildung, Lernen, Digitale Kompetenz	Ressourcen für Bildung	Verbindung zu anderen, die die gleichen Interessen haben	Selbst - initiiertes und gemeinsames Lernen
	Beteiligung und zivilgesellschaft- liches Engagement	Globale Information	Austausch unter Gleichgesinnten	Konkretes Engagement
	Kreativität und Selbstaussdruck	Vielfalt von Anregungen	Einladungen und Anregungen	Entwicklung eigener Inhalte und Themen
	Identität und soziale Kontakte	Rat und Anregungen (z.B. Gesundheit, Sexualität, persönliche Erfahrungen)	Soziale Netzwerke, Teilen von Erfahrungen	Ausdruck der Identität

		Inhalt: Kinder als Rezipienten	Kontakt: Kinder als Teilnehmer	Aktion: Kinder als Handelnde
Risiken für Kinder und Jugendliche im Internet	Kommerzielle Interessen	Werbung, Spam, Mitglieder- werbung	Suchen und Sammeln persönlicher Informationen	Spielsucht, Illegale Downloads, Hacken
	Aggression	Gewalttätige und grausame Inhalte, Hass- Seiten	Mobbing, Belästigung, Stalking	Andere mobben oder belästigen
	Sexualität	Pornographische Seiten	Kontakt zu Fremden (Grooming)	Erstellen / Download von pornographi- schem Material
	Werte	Rassistische, verleumderische oder verzerrte Informationen	Unfreiwillige Beeinflussung, selbstschädi- gendes Verhalten	Anleitungen zum Selbstmord oder Bulimie erstellen

Quelle: Livingstone, Sonia and Haddon, Leslie: EUKids Online: Final Report. London, 2009

Die meisten Kinder und Jugendlichen in den Industrieländern können sich heute nur schwer ein Leben vorstellen, in dem sie für ihre Hausaufgaben nicht im Netz nachschlagen, nicht mit Freunden chatten, keine Online-Spiele spielen, keine Musik downloaden oder Kinotrailer im Netz ansehen können. Die Verknüpfung dieser Funktionen mit Mobiltelefonen und das rasante Wachstum sozialer Netzwerke treiben den permanenten Austausch mit anderen weiter voran.

Im Vergleich zur Häufigkeit und Intensität der Internetnutzung stehen negative Erfahrungen nicht im Vordergrund. Trotzdem zeigt die Auswertung von Studien aus ganz Europa, dass ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen Risiken im Netz ausgesetzt ist:

- Jeder zweite Heranwachsende offenbart persönliche Informationen im Netz.
- Vier von zehn Kindern und Jugendlichen in Europa sagen, dass sie mit Pornografie im Netz konfrontiert wurden.
- Jeder Dritte hat „Hass-Seiten“ oder Seiten mit gewalttätigen Inhalten gesehen.

- Einer von fünf oder sechs Heranwachsenden sagt, dass er oder sie schon einmal im Netz gemobbt oder belästigt wurde.
- Viele haben auch ungewollte sexuelle Kommentare erhalten (in Deutschland jeder zehnte Jugendliche; in England sogar jeder dritte).
- Etwa neun Prozent sagen, dass sie eine Person, die sie im Internet kennen gelernt haben, auch real getroffen haben.

Obwohl Kinder aus benachteiligten Familien seltener Zugang zum Internet haben als ihre Altersgenossen aus besser gestellten Familien, werden ihre „Online-Risiken“ höher eingeschätzt. Auch geschlechtsspezifisch scheint es Unterschiede zu geben: So gehen Jungen stärker als „Akteure“ Risiken ein, während Mädchen eher als „Rezipienten“ oder „Teilnehmer“ betroffen sind. Mobiltelefone und Digitalkameras ermöglichen es, Mobbing und Belästigung vom Schulhof ins Netz zu tragen und andere dort regelrecht an den Pranger zu stellen.

Auch wenn Eltern zuallererst für die Sicherheit ihrer Kinder verantwortlich sind, zeichnet sich doch ab, dass vielen die Online-Aktivitäten ihrer Kinder nicht bewusst sind oder sie keine Möglichkeit sehen, diese zu kontrollieren. Befragungen von Jugendlichen in England, Irland und Norwegen ergaben, dass Kinder und Jugendliche selten mit Eltern oder Lehrern darüber reden, wenn sie zum Beispiel auf Pornographie- oder Gewaltseiten treffen oder im Internet gemobbt wurden. Wenn überhaupt vertrauen sie sich Freunden an.

- **Kompetenz-Aufbau:** Angesichts der zunehmenden Online-Nutzung von Kindern und Jugendlichen muss die Medienkompetenz bei Heranwachsenden wie bei Eltern verstärkt werden. Insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien sollten dabei unterstützt werden, einen positiven Umgang mit der Online-Welt zu lernen.
- **Vertrauliche Beschwerdemöglichkeiten** für Kinder und Jugendliche müssen ausgebaut und bekannt gemacht werden.
- **Angemessene Regeln des Umgangs im Netz** müssen trainiert werden. Denn Kinder können im Internet nicht nur Opfer werden – sie können auch selbst zu negativen Handlungen ermutigt werden und andere online drangsalieren.
- **Das Wissen und die Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen** über das Netz sollten bei der Entwicklung solcher Regeln einbezogen werden.
- **Der Umgang von Kindern mit Risiken im Netz muss genauer erforscht werden** – zum Beispiel ihre Reaktion auf problematische Inhalte (wie Aufrufe zum Selbstmord, Bulimie oder Gewalt) oder die besonderen Gefahren, denen gerade benachteiligte Kinder ausgesetzt sind.
- **Kinderschutz im Netz:** Die Diskussion um Kinder- und Jugendschutz im Netz muss verstärkt werden.

6. Kinderschutz verbessern – umfassende Strategie notwendig

Um Kinder besser vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung zu schützen, unterstützt UNICEF Regierungen dabei, umfassende Kinderschutzstrategien zu entwickeln:

Kinderschutzsysteme verbessern: Statt isoliert an einzelnen Problemen zu arbeiten, soll ein umfassender Ansatz entwickelt werden. Dazu gehören rechtliche Reformen, die Sicherstellung nationaler Budgets und Strategien sowie eine kontinuierliche Überprüfung der Wirksamkeit aller Maßnahmen wie zum Beispiel kinderfreundlicher Beratungsangebote insbesondere für die am stärksten gefährdeten Kinder. Dies lässt sich am besten im Rahmen nationaler Aktionspläne erreichen.

Einstellungswandel fördern: Häufig wird Gewalt gesellschaftlich geduldet wie zum Beispiel Prügelstrafen, Mädchenbeschneidung oder Kinderheiraten. Wirksamer Kinderschutz hängt in starkem Maße davon ab, ob es gelingt, Einstellungen, Haltungen und Umgangsformen nach und nach im Dialog zu verändern.

Kinderschutz bei Krisen und Katastrophen stärken: Kinder leiden am härtesten in Konflikten und bei Naturkatastrophen. Oft werden bestehende Schutzinstitutionen zerstört. Die internationale Katastrophenhilfe muss deshalb besondere Schutzmaßnahmen ergreifen wie Familienzusammenführung, vorübergehende Unterbringung in Pflegefamilien oder Notschulen.

Neue Partnerschaften entwickeln: Regierungen, Wirtschaft sowie UN- und Nichtregierungsorganisationen und religiöse Gemeinschaften sollen beim Kinderschutz enger zusammenarbeiten. Es geht darum, die gemeinsame Verantwortung zu stärken und öffentlich zu vertreten. Kinder und Jugendliche selbst sollen aktiv für ihre Rechte eintreten.

Beweiskraft durch Fakten herstellen: Sorgfältig erarbeitete Fakten und Informationen sind Grundlage für erfolgreichen Kinderschutz. Sie können auch helfen, gefährdete Kinder rechtzeitig zu identifizieren. Das Ausmaß von Problemen muss oft überhaupt erst sichtbar gemacht werden, um das Schweigen zu brechen.

Literaturhinweise

Bertram, Hans und Kohl, Steffen: UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2010 – Kinder stärken für eine ungewisse Zukunft, Köln 2010

Bund Deutscher Kriminalbeamter: Kriminalstatistik 2009: Zahlen von Kindern als Gewaltopfer. Pressemitteilung vom 7.7.2010

Bundesministerium des Inneren: Die Kriminalität in Deutschland – Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2009. Mai 2010

Deutscher Kinderschutzbund: Einführende Stellungnahme des Deutschen Kinderschutzbundes zum Schwerpunktthema Gewaltprävention, Hannover 2010

European Commission: Violence and Schools. Issues and experiences in combating Violence against children, young people and women, European Commission 2008

European Commission: Violence and Technology. Issues and experiences in combating Violence against children, young people and women, European Commission 2008

Livingstone, Sonia and Haddon, Leslie: EUKids Online: Final Report. London, 2009

Ending legalized Violence against Children. Global Initiative to End All Corporal Punishment of Children. Global Report 2009

Pinheiro, Paulo: World report on violence against children, United Nations 2006

Santos Pais, Marta: Safe Environment – Safe School. Statement to the Second International Symposium on Children at Risk and Need of Protection, Ankara, 2010

Santos Pais, Marta: Annual report of the Special Representative of the Secretary-General on Violence against Children 2010

Santos Pais, Marta: Speaking notes at the 10th Anniversary Commemoration of the adoption by the General Assembly of the Optional Protocols to the Convention of the Rights of the Child, 2010

Schmidt, Jan-Hinrik; Paus-Hasebrink, Ingrid; Hasebrink, Uwe: Heranwachsen mit dem Social Web. Zur Rolle von Web 2.0-Angeboten im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Hamburg/Salzburg April 2009

Staksrud, Elisabeth und Livingstone, Sonia: Children and online risk: Powerless victims or resourceful participants? Presentation to Eukidspanel Copenhagen 2008

Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe - Vorläufige Schutzmaßnahmen 2009. Juli 2010

UNICEF: UNICEF-Report 2009: Stoppt sexuelle Ausbeutung, Frankfurt 2009

UNICEF: Progress for Children – A Report Card on Child Protection, New York 2009